

Landkreis Friesland

Niederschrift

**über die 2. Sitzung des Kreistages des Landkreises Friesland am
Montag, 12. Dezember 2011, in der Mensa des Mariengymnasiums Jever**

Beginn: 15:30 Uhr

Ende: 17:30 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Ambrosy, Sven
Bastrop, Heide
Burgenger, Uwe
Busch, Thomas
Buß, Manfred
Böcker, Rudolf
Bödecker, Anne
Chmielewski, Iko
Damm, Jens
Eilers, Claus
Funke, Karl-Heinz
Gburreck, Fred
Gerdes-Borreck, Matina
Harms, Siegfried
Husemann, Horst-Dieter
Janßen, Dieter
Just, Janto
Kaiser-Fuchs, Marianne
Kujath, Dörthe
Kühne, Lars
Lies, Olaf MdL
Loers, Diedrich
Neugebauer, Axel
Nieraad, Peter
Onnen-Lübben, Reinhard
Ostendorf, Heinrich
Osterloh, Uwe
Pauluschke, Bernd
Polenz, Dirk von
Ralle, Elfriede
Ramke, Michael
Ratzel, Gerhard
Recksiedler, Raimund
Rost, Wilfried
Schlieper, Ulrike
Sieckmann, Heinke

Spiekermann, Ewald
Tammen, Reiner
Vehoff, Frank
Wilken, Wilhelm
Zielke, Gustav

Angehörige der Verwaltung

Gerdes, Gerda
Kloß, Elena
Rohlf-Jacob, Elke
Wehnemann, Peter
Klug, Sönke

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Kreistagsvorsitzender Pauluschke eröffnete die Sitzung und hieß alle Anwesenden willkommen. Namens des Kreistages gratulierte er Herrn Spiekermann zu dessen 71. Geburtstag am Vortage und überreichte ihm einen Blumenstrauß.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Herr Pauluschke stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Nicht anwesend waren die Kreistagsabgeordneten Rainer Brunken und Dirk Zillmer.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde einstimmig genehmigt.

TOP 4 Genehmigung der öffentlichen Niederschrift vom 2. November 2011

Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

Sodann hieß Herr Husemann als stellvertretender Bürgermeister den Kreistag namens Rat und Verwaltung herzlich willkommen in Jever. Er wünschte der Sitzung einen gelungenen Verlauf, positive Beschlüsse und allen Anwesenden schöne Weihnachten und für das neue Jahr alles Gute.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerfragestunde wurde nicht in Anspruch genommen.

TOP 6 Ausschuss für Familie, Senioren und Soziales; Berufung zusätzlicher Mitglieder nach § 71 VII NKomVG Vorlage: 0020/2011

Nach § 71 Abs. 7 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) (früher: § 47 Abs. 7 der Niedersächsischen Landkreisordnung) können neben den Kreistagsabgeordneten andere Personen zu Mitgliedern der Ausschüsse berufen werden.

Im Landkreis Friesland werden seit vielen Jahren vom Kreistag zwei Personen, die von der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände vorgeschlagen werden, als zusätzliche Mitglieder in den Ausschuss für Familie, Senioren und Soziales berufen.

Erstmalig hatten die Seniorenbeiräte der Stadt Jever und der Gemeinde Bockhorn sowie die SPD-Arbeitsgemeinschaft 60plus, vertreten durch Frau Renate Huckfeld, mit Schreiben vom 28.09.2011 gebeten, ebenfalls ein gemeinsames, namentlich noch zu benennendes zusätzliches Mitglied in den Ausschuss für Familie, Senioren und Soziales entsenden zu dürfen.

Da aufgrund der demographischen Entwicklung in dem genannten Fachausschuss zukünftig vermehrt seniorenrelevante Themen erörtert werden müssen, wurde dem Wunsch der Seniorenbeiräte und der SPD-Arbeitsgemeinschaft 60plus seitens des Kreistages mit Beschluss vom 2. November 2011 entsprochen. Diesem Beschluss gemäß war jedoch das künftige Ausschussmitglied von den vorgenannten Institutionen noch zu benennen.

Frau Huckfeld wurde im Anschluss an den Beschluss gebeten, für die von ihr vertretenen Institutionen eine Person als zusätzliches beratendes Mitglied für den Ausschuss für Familie, Senioren und Soziales zu benennen.

Der Verwaltung wurde am 29. November 2011 mitgeteilt, dass Frau Renate Huckfeld, Rosenstraße 30a, 26441 Jever, als beratendes Mitglied in den Ausschuss berufen werden soll. Frau Renate Mögling, Menkestraße 70a, 26419 Schortens, soll als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss berufen werden.

Der Kreistag nahm Kenntnis und beschloss wie folgt:

Beschluss:

Frau **Renate Huckfeld** wird als zusätzliches Mitglied nach § 71 Abs. 7 NKomVG in den Ausschuss für Familie, Senioren und Soziales berufen.

Frau Renate Mögling wird als stellvertretendes Mitglied nach § 71 Abs. 7 NKomVG in den Ausschuss für Familie, Senioren und Soziales berufen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 7 Bestellung von Vertretern des Landkreises Friesland in örtlichen und überörtlichen Organisationen; hier: Ersatzbenennung der CDU-Fraktion für KTA Lars Kühne zu Nr. 11 der Besetzungsliste/stv. Mitglied in der Gesellschafterversammlung Zukunftszentrum Technologie und Ausbildung Varel-Friesland GmbH

Gemäß Benennung durch Herrn CDU-Fraktionsvorsitzenden Vehoff beschloss der Kreistag wie folgt:

Beschluss:

Als Nachfolger für Herrn Lars Kühne (er gehört dem Gremium als Vertreter der Stadt Varel an) wird Kreistagsabgeordneter **Wilfried Rost** zum stellvertretenden Mitglied in der Gesellschafterversammlung der ZTA – Zukunftszentrum Technologie und Ausbildung Varel-Friesland GmbH – berufen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 8 Öffentliche Berichte und Vorlagen

TOP 8.1 - aus dem Kreisausschuss vom 16. November 2011

TOP 8.1.1 Finanzbericht zum 3. Quartal 2011

Der Kreistag nahm den Finanzbericht zum 3. Quartal 2011 zur Kenntnis.

**TOP 8.1.2 Benennung sozial erfahrener Dritter nach § 116 SGB XII
Vorlage: 1008/2011**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 2.2 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 16. November 2011 zur Kenntnis und fasste folgenden ...

Beschluss:

Frau Roswita Niemeyer und Frau Petra Meyer-Machtemes werden als sozial erfahrene Dritte nach § 116 SGB XII benannt.

Frau Wilma Fiedler-Hahn wird als stellvertretende sozial erfahrene Dritte nach § 116 SGB XII benannt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 8.2 - aus dem Kreisausschuss vom 5. Dezember 2011

TOP 8.2.1 Stellenplan 2012

Auf die Ausführungen zu TOP 3.1.1 der KA-Niederschrift vom 5. Dezember 2011 wird verwiesen. - Landrat Ambrosy gab ergänzend zu Protokoll:

Stellen – insbesondere im Bereich Bundeskinderschutzgesetz -, die aufgrund neuer Aufgaben entstehen, werden erst dann besetzt und haushaltswirksam, wenn das jeweilige Gesetz beschlossen ist und die Aufgaben mit einer entsprechenden Refinanzierung versehen sind.

Der Haushalt sehe Personalneukosten von 3,5 Mio. Euro vor; 2,3 Mio. Euro davon stünden im Zusammenhang mit den zum 01.01.2012 übertragenen Aufgaben als Optionskommune. 800.000 Euro brutto resultierten aus Tarifsteigerungen (Prognose von 2 % ist berücksichtigt). Zu erwarten seien im Gegenzug Einsparungen von rd. 400.000 Euro durch Stellenstreichungen; somit verblieben echte Mehrkosten in der Größenordnung von 300 . - 400.000 Euro. Angesichts eines Personalkostenanteils von unter 16 % am gesamten Ergebnishaushalt sei diese Summe aber hinnehmbar.

Bei den neu geschaffenen Stellen handele es sich um Kräfte im Bereich

- Bildungs- und Teilhabepaket (gesetzliche Verpflichtung)
- Verwaltungsleitung Berufsbildende Schulen Jever (100 % Erstattung)
- Krankheitsvertretung Bauingenieur
- Zukunftsvertrag Wangerland
- Eingliederungshilfe
- Vormundschaften
- Unterstützung einer Schwerbehinderten (62 % Erstattung)
- krankheitsbedingter zusätzlicher Bedarf
- Sprachförderkraft (ggf. 100 % Erstattung)) unter
- Familienhebamme (ggf. mind. 50. % Erstattung)) Gesetzesvorbehalt
- Controlling
- Großraum- und Schwertransporte

Es sei der Verwaltung gelungen, über Drittmittelfinanzierung eine Reduzierung der Personalkosten zu erreichen. 1,92 Mio. Euro an Erstattungsleistungen seien 2012 zu erwarten. **Eine detaillierte Auflistung ist dem Protokoll beigelegt.**

Kreistagsabgeordnete Just erklärte, er lehne den Stellenplan ab wegen der entstehenden Mehrkosten. Auch im letzten Jahr habe man z. B. bereits die teure Stelle der Klimaschutzbeauftragten kritisiert. - Landrat Ambrosy verwies auf die Refinanzierungseinnahmen für diese Position. Bei allen Einsparbemühungen müsse es möglich sein, den Landkreis weiter voran zu bringen. Klimaschutz müsse für einen Landkreis mit 72 km Küstenlinie angesichts der Klimaveränderung besonderes Gewicht haben.

Kreistagsvorsitzender Pauluschke ließ abstimmen.

Beschluss:

Der Stellenplan des Landkreises Friesland für das Haushaltsjahr 2012 – mit gesonderter Ausweisung des in den Einrichtungen

- Nordwest-Krankenhaus Sanderbusch
- Volkshochschule und Musikschule Friesland – Wittmund
- Rettungsdienst Friesland
- Zweckverband Abfalldeponie Friesland/Wittmund
- Job-Center Friesland
- Zweckverband Veterinärämter JadeWeser
- JadeBay GmbH

beschäftigten Personals des Landkreises wird in der vorliegenden Fassung (Anlage zum KA-Protokoll 05.12.2011 bzw. Kreistagsinformationssystem) beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitliche Zustimmung bei 2 Gegenstimmen

TOP 8.2.2 Haushaltsplan (Ergebnis- und Finanzhaushalt) und Haushaltssatzung 2012

Kreistagsabgeordnete **Schlieper** führte aus, das „Dienstleistungszentrum Landkreis Friesland“ lege zum vierten Mal in Folge einen ausgeglichenen Haushalt vor. Nur 9 von 48 Landkreisen in Niedersachsen seien dazu in der Lage.

Mit dem Haushalt 2012 ließen sich die infrastrukturell, bildungs- und sozialpolitisch gesetzten Ziele erreichen. Den Bürgerinnen und Bürgern könne man eine leistungsfähige Verwaltung garantieren.

Natürlich wolle man ein Mehr auf verschiedenen Gebieten: Kreisumlagensenkung, Schuldenabbau, an Investitionen in Wirtschaftsförderung und Infrastruktur und mehr Familienförderung. Der vorgelegte Haushaltsentwurf repräsentiere aber das derzeit Machbare und könne sich im Ergebnis durchaus sehen lassen.

Mit seiner Kreisumlage pro Einwohner liege Friesland an zweitniedrigster Stelle in Niedersachsen. Ein Punkt Kreisumlage in Friesland entspreche ca. 700.000 Euro; im Vergleich bedeute 1 Punkt z. B. in Cloppenburg dagegen ca. 1,4 Mio. Euro, im Ammerland um die 1 Mio. Euro. Die Aussagekraft des Hebesatzes sei daher zu gering, als dass sich dafür eine lange Debatte lohne. Wichtiger seien dagegen die aus dem Haushalt zu leistenden Investitionen.

Der Haushaltsentwurf 2012 orientiere sich an den bereits verabschiedeten Mittelfristigen Entwicklungszielen und Handlungsschwerpunkten, die die Leitlinien für Kreispolitik und Verwaltungshandeln darstellten. Der Haushalt befinde sich in Balance zwischen wichtigen Investitionen einerseits und angemessener Bescheidenheit, Schuldenabbau und Konsolidierung andererseits. Nur ein gleichgewichtiges Nebeneinander der Säulen Investitionen – Konsolidierung – Schuldenabbau könne funktionieren.

In 2012 gelinge es erneut, im Ergebnishaushalt den gesetzlich vorgeschriebenen Überschuss zu erwirtschaften, den man dem Finanzhaushalt zur Durchführung von Investitionen zuführe. Es handele sich dabei um den stolzen Betrag von 3,8 Mio. Euro, der sich gesteigert habe.

Es gelinge ein Abbau der langfristigen Schulden um 4,05 Mio. Euro. Bei einer Kreditaufnahme von 2,85 Mio. Euro verbleibe damit immer noch eine Schuldensenkung von 1,2 Mio. Euro. In den nächsten Jahren werde man daran arbeiten, den Schuldenabbau weiter zu intensivieren.

Der Landkreis Friesland habe kein Ausgabe-, sondern ein Einnahmeproblem. Es bleibe daher bei der Forderung an Bund und Land, Kommunen und Landkreisen eine vernünftige finanzielle Ausstattung zur Wahrnehmung der ihnen übertragenen Aufgaben zu gewährleisten; hier bestehe nach wie vor großer Bedarf.

Der Bereich Schule erhalte in 2012 einen Zuschuss von rd. 16 Mio. Euro, damit mehr als 10 % des Gesamtvolumens des Kreishaushaltes. Hierin bestehe die Grundlage für eine gute Bildung der Schülerinnen und Schüler. Insgesamt werde im kommenden Jahr mit insgesamt 9,2 Mio. Euro wieder kräftig in Erweiterung, Bauunterhaltung und Ausstattung der Schulen investiert. Als große Projekte seien zu nennen

- die Sanierung der BBS Varel mit 1,75 Mio. Euro,
- die Sanierung des Oberstufengebäudes im Mariengymnasium Jever mit 1,25 Mio. Euro,
- die Aufstockung der Inselschule Wangerooge mit 700.000 Euro,
- der 2. Bauabschnitt der IGS Schortens mit rd. 680.000 Euro,
- BBS Jever mit 500.000 Euro und
- der Kunstrasenplatz am Sportplatz Jahnstraße in Jever mit 470.000 Euro.

In absehbarer Zeit seien damit die großen Maßnahmen abgeschlossen, aber weiterhin werde man ein Gutteil des Haushaltsvolumens in den Bereich Bildung investieren müssen. Dann werde es vermehrt um Ausgaben für Ausstattung oder Projektmittel für Integration und Inklusion gehen. Einigkeit bestehe in der Auffassung, dass gute Bildung Basis für Chancengerechtigkeit und ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben sei. Leider finanziere das Land noch immer nicht die notwendige Schulsozialarbeit und fördere Ganztagschulen nicht ausreichend. Der Landkreis Friesland versuche dagegen zu halten, aber es könne nicht sein, dass der Landkreis Aufgaben des Landes übernehme und selbst finanziere, obwohl Friesland noch immer einer der am höchsten verschuldeten Kreise sei. Hier müsse sich dringend etwas ändern.

Der Fachbereich „Schulen“ stehe mit 16 Mio. Euro an erster Stelle der Mittelbedarfe; danach folge der Fachbereich „Jugend“ mit rd. 10,5 Mio. Euro. Für das Jobcenter seien 8,6 Mio. Euro aufzubringen, für den Fachbereich „Soziales“ 7,7 Mio. Euro. Es zeige sich, dass der Landkreis Friesland seiner sozialen Verantwortung gerecht werde.

Die Oldenburgische Industrie- und Handelskammer zeige in ihrer November-Zeitschrift mit dem Beitrag „Friesische Erfolgsstory – Stabiler Standort entwickelt“ auf, dass aller Anlass bestehe, auf die wirtschaftspolitische Positionierung des Kreises stolz zu sein. Die Entwicklung von der Luftfahrt über Dienstleistung bis zum Tourismus zeige, dass die gezielte Wirtschaftspolitik in Friesland Früchte trage. Auch

zukünftig werde der Fokus darauf liegen, Stärken zu intensivieren und Schwächen abzubauen. Den Beschäftigten der Kreisverwaltung und besonders dem Landrat gelte ein besonderer Dank; ihr Engagement und Ehrgeiz zum Gelingen der gesteckten Ziele sei Basis des Erfolgs.

In 2012 werde der Landkreis fast 1 Mio. Euro in Wirtschafts- und Tourismusförderung investieren können. Wichtig sei es, dass auch die Städte und Gemeinden ihren Anteil hieran leisteten. Mit dieser Förderung gelinge es, mittelständischen Unternehmen Mittel zukommen zu lassen, mit denen sie ihrerseits wichtige Impulse geben könnten. Der Zuschuss multipliziere sich durch diesen Effekt.

Frieslands Straßen würden nach einer Prioritätenliste saniert; insgesamt seien 700.000 Euro für diese Infrastruktur im Finanzhaushalt enthalten.

Das Dienstleistungszentrum Varel werde nun ebenfalls realisiert; nachdem man dieses Projekt aus finanziellen Gründen in der vergangenen Wahlperiode habe zurückstellen müssen. Der Landkreis markiere damit den ersten Schritt für eine Inbetriebnahme und Belebung des Kasernengeländes in Varel. Dies sei hoffentlich ein Impuls für viele weitere Projekte und Investitionen anderer Interessenten an diesem Standort.

Ab 1. Januar 2012 sei der Landkreis Friesland Optionskommune; damit lasse sich eine regional ausgerichtete und sehr gut vernetzte Arbeitsmarktpolitik starten. Die Beschäftigten des Jobcenters hätten durch ihren außerordentlichen Arbeitseinsatz in den vergangenen Wochen und Monaten daran mitgewirkt, gute Startbedingungen zu schaffen. Ihnen gelte Respekt und ausdrückliche Anerkennung für dieses Engagement; auf die Zusammenarbeit mit den neuen Kolleginnen und Kollegen freue man sich.

Der Landkreis Friesland wolle auch zukünftig Motor für interkommunale und interregionale Kooperationen sein. Nordwest-Krankenhaus Sanderbusch und Reinhard-Nieter-Krankenhaus seien im Begriff, demnächst einen größeren Schritt in diese Richtung zu vollziehen. In der neuen Wahlperiode müsse verstärkt daran gearbeitet werden, mit den Städten und Gemeinden sowie Nachbarkreisen und -städten zum Thema „Kooperationen“ noch mehr als bisher auf den Weg zu bringen. Es gehe darum, als Region im Nordwesten stärker wahrgenommen zu werden. Dafür gelte es sich stärker zu verbünden, um geschlossen aufzutreten.

Der vorgelegte Haushalt bringe den Landkreis ein gutes Stück voran auf dem friesischen Erfolgsweg. Schrittweise gehe man weiter in die richtige Richtung. Die Gruppe SPD-Bündnis 90/Die Grünen stimme dem Haushalt zu.

Kreistagsabgeordneter **Harms** dankte der Verwaltung namens der Gruppe FPD-SWG-UWG-BBV/F für die umfassenden Informationen zum Haushaltsentwurf 2012. Trotz der vorgeschlagenen Senkung der Kreisumlage um 1 Punkt erhöhe sich die Einnahmeseite für den Landkreis um 2,9 Mio. Euro; damit ergebe sich die zweithöchste Steigerung seit 1995. Mit einer Senkung des Umlagehebezuges um zwei Punkte hätte man dem z. T. noch hoch verschuldeten Städten und Gemeinden mehr Freiheit für die Haushaltsgestaltung und Aufgabenerfüllung zugestanden. Die Runde der Hauptverwaltungsbeamten habe sich in ihrer letzten Zusammenkunft ebenfalls für eine Umlagesenkung um zwei Punkte ausgesprochen. - Vor diesem Hintergrund beantrage die FDP-SWG-UWG-BBV/F-Gruppe, die Kreisumlage um zwei Punkte zu senken.

Der Schuldenabbau sei angesichts der umfassenden Investitionen in Baumaßnahmen und Bildung in den vergangenen Jahren verständlicherweise hintangestellt worden. Auch die zukünftigen Sanierungen im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten unterstütze die Gruppe ausdrücklich. Nur sprudelnde Einnahmen dienten dazu, den Schuldenstand zur Entlastung nachfolgender Generationen zu senken. Die Gruppe erwarte auch für die Zukunft eine spürbare Tilgung des Schuldenberges von derzeit 62 Mio. Euro.

Kreistagsabgeordneter **Just** schloss sich dem Antrag auf Senkung der Kreisumlage um 2 Punkte an. Der Haushaltsausgleich basiere nicht zuletzt auf einer überdurchschnittlich hohen Kreisumlage und einer unterdurchschnittlichen Schuldentilgung. Wenn sich das Tempo der Schuldentilgung nicht deutlich erhöhe, benötige der Landkreis Friesland 52 Jahre, um sich zu entschulden.

38,7 Mio. Euro seien die höchste aus der Kreisumlage jemals erzielten Einnahmen des Landkreises Friesland; die Steigerung gegenüber dem Vorjahr sei die zweithöchste überhaupt. Wenn auch die Auswirkungen auf den einzelnen Einwohner eher gering seien, so werde doch den Gemeinden finanzieller Spielraum genommen. Leider habe die Verwaltung erneut auf Nachfrage nicht den Vergleich mit der Finanzlage der Gemeinden vorgelegt – wahrscheinlich vor dem Hintergrund, dass es ihnen im Verhältnis zum Kreis schlechter gehe.

Kreistagsabgeordneter **Böcker** verwies auf die angespannte Haushaltslage der Stadt Varel. In städtische Wohnanlagen in Ebkeriege bzw. Rosenberg regne es hinein. Bei nur 1 % weniger Kreisumlage hätte Varel 150.000 Euro mehr zur Verfügung, um z. B. den dort erforderlichen Türenaustausch und weitere Sanierungen zu realisieren.

Über die zahlreichen Maßnahmen im Kreisschulbau dürfe man die Sanierung der Kreisstraßen nicht aus den Augen verlieren; 700.000 Euro reichten dafür bei weitem nicht.

Kreistagsabgeordneter **Chmielewski** stellte fest, die gegensätzlichen Forderungen von Kreisumlagensenkung und gleichzeitigem verstärktem Schuldenabbau seien nicht vereinbar. Heute manifestiere man die in den vergangenen Monaten und Jahren gefassten Beschlüsse; zum großen Teil seien diese einstimmig erfolgt. Wer Forderungen erhebe, müsse belegen, woher die erforderlichen Mittel bereitzustellen seien. Es gehe nicht an, die Haushaltssituation des Kreises von vornherein noch weiter zu belasten, weil dies zu Lasten der Schuldentilgung und der Umsetzung von Investitionen und Projekten gehe.

Höhere Personalkosten erklärten sich auch aus der Steigerung der Löhne und Gehälter. Ein Einfrieren dieser Position sei nicht möglich. Außerdem sei eine Aufstockung der Stellen im pädagogischen und pflegerischen Bereich vorgesehen, weil der Kreis hier vorbildliche Projekte anschieben wolle; die entstehenden Personalkosten seien zu einem Gutteil refinanzierbar. - MMW stimme dem Haushalt zu, Die Linke werde sich enthalten.

Kreistagsabgeordneter **Vehoff** stellte fest, mit dem Haushalt 2012 sei trotz hervorragender Rahmenbedingungen nicht „der große Wurf“ gelungen. Gleichwohl sei dies ein Schritt in die richtige Richtung, weil die Balance zwischen Senkung der Schulden und Senkung der Kreisumlage gesucht worden sei. Damit sei eine langjährige Forderung der CDU-Fraktion erfüllt; der Verwaltung gelte dafür ein Dank.

Die Fraktion erwarte allerdings – wie in der mittelfristigen Finanzplanung fixiert –, dass die Kreisumlage weiter gesenkt und der Schuldenabbau weiter verstärkt verfolgt werde.

Wahre Ursache des Einnahmeproblems des Kreises sei nicht die unzureichende Finanzausstattung von Bund oder Land, sondern vor allem die im Vergleich zu anderen Landkreisen geringere Wirtschaftsleistung. Diese zu erhöhen müsse in den kommenden Jahren Schwerpunkt der Aufgabenstellung sein.

Das Ausgabenproblem werde derzeit etwas überdeckt durch ein niedriges Zinsniveau: Eine strenge Ausgabenkritik sei vonnöten, um nicht von Zins- und Tilgungsleistungen erdrückt zu werden.

Ein weiterer wichtiger Aspekt seien Kooperationen und interkommunale Zusammenarbeit. Hierin liege der Schlüssel für die Weiterentwicklung der Region, die als ein Wirtschaftsraum gesehen werde. Mit vielen kleinen Schritten sei man auch hier auf richtigem Wege; trotzdem gebe es noch viel Handlungsbedarf.

Vor diesem Hintergrund werde die CDU-Fraktion dem Haushalt 2012 zustimmen – verbunden mit der Bitte an die Verwaltung, die Dinge noch mutiger anzugehen.

Kreistagsabgeordneter **Burgenger** verwies auf die Unterfinanzierung der Kommunen durch Land und Bund; diese Tatsache sollte einmütig vertreten werden. Eine höhere Einnahme aus der Kreisumlage belege, dass es den Städten und Gemeinden finanziell besser gehe. - Der Haushalt sei solide und setze die richtigen Schwerpunkte. Mehr Schuldenabbau sei wünschenswert, aber niemand könne aufzeigen, an welcher Stelle entsprechende Mittel aufbringbar seien.

Kreistagsabgeordneter **Funke** führte aus, eine höhere Einnahme aus der Kreisumlage entspreche keinesfalls zwingend einer finanziellen Verbesserung bei den Städten und Gemeinden. Es gebe durchaus Beispiele aus früheren Jahren für gegenläufige Entwicklungen. Vor diesem Hintergrund gelte es die Situation jeder einzelnen Kommune zu betrachten und Schlüsse daraus zu ziehen. So wäre z. B. die Stadt Varel im Falle einer weiteren Senkung der Kreisumlage in der Auswirkung mehr betroffen als andere Kommunen. - Die Fraktion ZV stimme dem Haushalt zu, weil er Absenkung der Kreisumlage und Verringerung der Schulden in sich berge. Gleichwohl müsse jährlich daran gearbeitet werden, die Kreisumlage konstant weiter abzusenken, sofern dies möglich sei.

Die angesprochene prekäre Situation in städtischen Wohnungen Varels sei eine Angelegenheit des Ordnungsrechts und stehe in keinem Zusammenhang mit der Höhe der Kreisumlage.

Kreistagsabgeordneter **Ratzel** erklärte, die früheren Kreistage hätten durch die Verabschiedung der Mittelfristigen Entwicklungsziele und Handlungsschwerpunkte gute Vorarbeit geleistet. Einsparungsvorschlag im Falle einer weiteren Senkung der Kreisumlage wäre z. B. das Herunterfahren und Hinauszögern der Entschuldung. Im Finanzausschuss habe es so gut wie keine Diskussionen über einzelne Haushaltspositionen wie z. B. das Investitionsprogramm gegeben. Die Ursache sei offenbar darin zu suchen, dass man innerhalb von knapp drei Wochen den Haushalt „durchgepaukt“ habe. Angesichts vieler neuer Kreistagsmitglieder könne daher nicht verwundern, dass noch Wissen und Verständnis fehlten, um sich ggf. in die Diskussion einzuhaken.

Die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden sei keineswegs so positiv wie im Fachausschuss dargestellt. Die Gemeinde Wangerland müsse ihre Steuern erhöhen; die Stadt Varel hänge ebenfalls am finanziellen Tropf. Der Schortenser Haushalt weise ein Defizit von 1,6 Mio. Euro im Ergebnishaushalt aus. In der Vergangenheit sei den Kommunen avisiert worden, die Kreisumlage zu senken, wenn die Situation dies zulasse; geschehen sei bislang nichts. Vor diesem Hintergrund habe die FDP-SWG-UWG-BBV/F-Gruppe den Antrag auf Senkung der Kreisumlage um zwei Punkte gestellt. Wenn sich die Haushaltssituation dann verbessere, würden diese Mittel selbstverständlich für den Schuldenabbau des Kreises genutzt. Bei 9,7 Mio. Euro an Investitionen wären sicherlich einige hunderttausend Euro einzusparen gewesen, um eine Umlagesenkung um 2 Punkte zu realisieren.

Die FDP-Fraktion lehne den Haushalt ab.

Kreistagsabgeordneter **Just** erklärte, die Erhebung der Kreisumlage sei eine Form von „Selbstbedienung derer, die das Sagen haben“. - Den Kommunen benötigten für den eigenen Haushaltsausgleich mehr als der Kreis ihnen lasse. Seit mehreren Jahren erziele der Landkreis einen Haushaltsausgleich, weil er den Kommunen über Gebühr Kreisumlage abnehme.

In der Vergangenheit habe die BfB-Fraktion Gegenvorschläge zum Abbau der Schulden eingebracht. Ursache für die Mängel des vorliegenden Haushalts – zu hohe Schulden, geringe Tilgung, überdimensionierte Kreisumlage – seien im Übrigen auch Versäumnisse der vergangenen Jahre.

Der Nds. Städte- und Gemeindebund sage aus, die Landkreise würden um 30 Euro/Einwohner = insgesamt 3 Mio. Euro für Friesland besser gestellt gegenüber den Vorjahren. Der Verzicht auf 1 Umlagepunkt entspreche 700.000 Euro. Was geschehe mit den übrigen 2,3 Mio. Euro?

Kreistagsabgeordneter **Lies** stellte fest, der Bürger erwarte – unabhängig davon, ob Landkreis oder Städte und Gemeinden zuständig seien –, dass die öffentlichen Aufgaben wie z. B. das Schulwesen mit ausreichenden Finanzmitteln ausgestattet seien und ein qualitativ gutes Angebot vorherrsche. - Das Land Niedersachsen gehe von 200 Mio. Euro an Mindereinnahmen über die Steuersenkung aus; diese Entwicklung gehe zu Lasten der hier lebenden Menschen. Weitere finanzpolitisch belastende Beschlüsse seien die Einführung des Betreuungsgeldes und die 60 %ige Kostenbeteiligung der Kommunen an der Errichtung von Krippenplätzen. Landkreise und Gemeinden sollten sich nicht auseinander dividieren lassen, sondern sich vielmehr gemeinsam dafür einsetzen, dass ihnen Gelder zur Aufgabenerfüllung nicht vorenthalten würden.

Kreistagsabgeordneter **Funke** erklärte, gemeinsames Interesse der Kommunalpolitik müsse es sein, darauf hinzuwirken, dass bei Verabschiedung von Bundes- oder Landesgesetzen immer auch die kostendeckende Aufgabenwahrnehmung durch die Kommunen gewährleistet sei.

Landrat Ambrosy nahm wie folgt Stellung:

Der Landkreis Friesland verabschiede seinen Haushalt im Gegensatz zu den meisten anderen Landkreisen bereits vor Beginn des Haushaltsjahres. Das Zahlenmaterial sei zu diesem frühen Zeitpunkt naturgemäß noch nicht vollständig gefestigt. Die Städte und Gemeinden hätten die von Herrn Just angefragten

Haushaltsdaten noch nicht mitgeteilt, obwohl die Verwaltung bis kurz vor Sitzungsbeginn hinterfragt habe. Bislang lägen folgende Zahlen vor:

Stadt Jever

Fehl von 1,6 Mio. Euro errechnet; zurzeit Plus von 0,4 Mio. Euro; Verbesserung insgesamt = 2 Mio. Euro Plus

Stadt Varel

keine Zahlen genannt; zunächst Beteiligung des Rates erbeten

Stadt Schortens

Fehlbedarf im Haushalt in Höhe von 2 Mio. Euro angemeldet; erwartet eine Verbesserung von 1,5 Mio. Euro = Abschluss mit voraussichtlich - 500.000 Euro

Gemeinde Bockhorn

mit Fehlbedarf von 350.000 Euro kalkuliert; wird vss. eine Null erreichen

Gemeinde Sande

hatte einen ausgeglichenen Haushalt erwartet und geht von leichten Mehreinnahmen aus; zunächst Information des Rates erbeten

Gemeinde Wangerland

hat eine Verbesserung im Haushalt von 150.000 Euro vorgesehen

Gemeinde Wangerooze

hat im Ursprungshaushalt 300.000 Euro Fehlbedarf ermittelt; im zweiten Nachtragshaushalt in der vergangenen Woche sei ein Überschuss von 360.000 Euro veranschlagt worden

Gemeinde Zetel

rechnet mit einem Überschuss von rd. 170.000 Euro; genaue Zahlen sind noch nicht greifbar.

Zu den Details wird auf die beigefügten bzw. abrufbaren **Anlagen** zu TOP 8.2.2. verwiesen.

Der Landkreis Friesland nehme 3 Mio. Euro mehr an Kreisumlage bei gesenkter Punktzahl ein; Basis sei eine Mehreinnahme der Städte und Gemeinden von 6 Mio. Euro.

Es werde dem Landkreis vorgehalten, man setze die Zahlen für den Bereich „Grundsicherung“ zu niedrig an. Tatsache sei, dass man keine verlässlichen Daten nennen könne. Man rechne zunächst mit einem Plus von 600.000 Euro. Der Bund übernehme ab 2012 an Grundsicherungsleistungen im ersten Schritt 45 %, im zweiten Jahr 75 % und im dritten Schritt 100 %. Die Bezugsgröße sei derzeit aber nicht bekannt. Dies sei insofern ein Problem, weil Niedersachsen über das quotale System abrechne. Die Kreisverwaltung gehe davon aus, dass man die im Haushalt veranschlagten 600.000 Euro erhalte. Sollte es deutlich mehr sein, so müsse ggf. neu diskutiert werden; dies sei auch den Bürgermeistern vor wenigen Tagen zugesichert worden.

Zum kommunalen Finanzausgleich:

Der Nds. Landtag werde erst im Januar 2012 über den von der Landesregierung vorgelegten Entwurf des neuen Finanzausgleichsgesetzes beschließen. Bis dahin könne die Verwaltung nur Zahlenmaterial vorlegen, das auf altem Gesetzesstand basiere.

Lt. neuem NFAG werde die Verteilung der Schlüsselzuweisung zwischen Gemeinden und Landkreisen sich von jetzt 50,8 : 49,2 % zu Lasten der Städte und Gemeinden verteilen auf zukünftig vss. 49,4 : 50,6 %. Durch gesetzliche Regelungen habe sich eine Verschiebung der Aufgabenwahrnehmung zu Lasten der Landkreise ergeben; auf dieser Basis erhielten sie die von Herrn Just zitierten entsprechenden Mehreinnahmen von insgesamt 37,2 Mio. Euro. Aufgeteilt auf 6,9 Mio. Einwohner ergebe sich damit ein pro-Kopf-Beitrag von 5,36 Euro. Die vom Nds. Städte- und Gemeindebund errechnete Zahl von über 30 Euro/Einwohner sei nur dann in etwa nachvollziehbar, wenn die ab 2014 (!) zu 100 % rückgängige Grundsicherung eingerechnet werde.

Der Landkreis Friesland lege für die Rückzahlung der Grundsicherung 6,-- pro Einwohner zugrunde = insgesamt somit 11,36 Euro pro Einwohner. Mindererträge der Gemeinden führten zu Mindereinnahmen aus der Kreisumlage. Dadurch würden die aus dem NFAG ggf. resultierenden Mehreinnahmen des Kreises zum Großteil wieder aufgezehrt. Hinzu komme das Problem der jährlichen zeitlichen Ungleichheit.

Der Landrat verwies auf das von Bund und Land zu beachtende Prinzip der Konnexität. Wer Aufgaben zu erfüllen habe, müsse mit den dafür erforderlichen Mitteln ausgestattet werden.

Die Verwaltung habe ihr Versprechen gehalten, die Kreisumlage zu senken und habe darüber hinaus bereits zwei Jahre von der EWE erstattete Beträge im Gegenwert eines Kreisumlagepunktes an die Gemeinden ausgeschüttet. Dem umfassenden Programm zur Schulsanierung und -modernisierung sei gemäß Beschlusslage in den vergangenen Jahren zunächst der Vorrang eingeräumt worden. - Heute bitte die Verwaltung um Zustimmung zum Haushalt in der vorgelegten Fassung. Über eine weitere Senkung der Kreisumlage könne nach Vorliegen des 3. Quartalsberichts 2012 beraten werden, falls sich echte Mehreinnahmen abzeichneten. Entsprechend habe sich die Verwaltung auch mit den Bürgermeistern verständigt.

Kreistagsabgeordneter Harms hielt seinen Antrag auf Senkung der Kreisumlage um zwei Punkte aufrecht.

Da weitere Wortmeldungen nicht vorlagen, ließ Kreistagsvorsitzender Pauluschke abstimmen:

Beschlüsse:

a)

Antrag der FDP-SWG-UWG-BBV/F-Gruppe:

Es wird beantragt, die Kreisumlage um einen weiteren Punkt auf 52 Umlagepunkte zu senken.

b)

Dem Haushaltsplan 2012 (Ergebnis- und Finanzhaushalt) wird in der vom Kreisausschuss am 5. Dezember 2012 empfohlenen Fassung zugestimmt. Die Haushaltssatzung wird wie folgt beschlossen:

Haushaltssatzung des Landkreises Friesland für das Haushaltsjahr 2012

Auf Grund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes hat der Kreistag des Landkreises Friesland in der Sitzung am 12. Dezember 2011 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012 wird

1. im **Ergebnishaushalt**
mit dem jeweiligen Gesamtbetrag
 - 1.1 der ordentlichen Erträge auf **150.859.642 Euro**
 - 1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf **150.859.642 Euro**
 - 1.3 der außerordentlichen Erträge auf **0 Euro**
 - 1.4 der außerordentlichen Aufwendungen auf **0 Euro**

 2. im **Finanzhaushalt**
mit dem jeweiligen Gesamtbetrag
 - 2.1 der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit **142.705.906 Euro**
 - 2.2 der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit **139.044.979 Euro**

 - 2.3 der Einzahlungen für Investitionstätigkeit **2.106.800 Euro**
 - 2.4 der Auszahlungen für Investitionstätigkeit **9.565.500 Euro**

 - 2.5 der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit **2.847.773 Euro**
 - 2.6 der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit **4.050.000 Euro**
- festgesetzt.
- Nachrichtlich: Gesamtbetrag
- | | |
|---|------------------|
| - der Einzahlungen des Finanzhaushaltes | 147.660.479 Euro |
| - der Auszahlungen des Finanzhaushaltes | 152.660.479 Euro |

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf **2.847.773 Euro** festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf **1.820.000 Euro** festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2011 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **21.000.000 Euro** festgesetzt.

§ 5

Der Umlagesatz der Kreisumlage wird auf **53 %** der Steuerkraftmesszahlen und der Gemeindeschlüsselzuweisungen festgesetzt.

Jever, den 12. Dezember 2011

LANDKREIS FRIESLAND

(Ambrosy)
Landrat

Abstimmungsergebnisse:

zu a)
9 Ja-Stimmen
32 Gegenstimmen

= Der Antrag wurde abgelehnt..

zu b)
7 Gegenstimmen
1 Enthaltung
33 Ja-Stimmen

= mehrheitliche Zustimmung für Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2012 in der Fassung der KA-Empfehlung vom 5. Dezember 2012

**TOP 8.2.3 Berufung in den Ausschuss für Schule, Sport und Kultur des Landkreises Friesland als Vertreter des Kreisschülerrates
Vorlage: 0013/2011**

Gemäß Empfehlung des Kreisausschusses vom 5. Dezember 2011 – TOP 3.1.3 der Niederschrift – beschloss der Kreisausschuss wie folgt:

Beschluss:

Die vom Kreisschülerrat vorgeschlagenen Vertreterinnen/Vertreter werden für die Dauer der halben Wahlperiode (2 ½ Jahre = Berufung bis zum 30.04.2014) der Vertretungskörperschaft in den Ausschuss für Schule, Sport und Kultur des Landkreises Friesland wie folgt berufen:

Allgemein bildende Schulen:

Mitglied Nico Blume (RS Varel), Rosenstr. 8, 26316 Varel
Ersatzmitglied Annika Hinrichs (RS Obenstrohe), Dietrich-Bonhoeffer-Str. 9, 26316 Varel

Berufsbildende Schulen:

Mitglied Annika Jung (BBS Varel), Mühlenteichstr. 32, 26316 Varel
Ersatzmitglied Anna Lappe (BBS Jever), Groß Werdum 1, 26434 Wangerland

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 8.2.4 Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter des Niedersächsischen Obergerichtspräsidenten Lüneburg für die Amtszeit vom 15.04.2012 bis zum 14. April 2017
Vorlage: 974/2011**

Gemäß Vorschlägen der Gruppe SPD-Bündnis 90/Die Grünen (2 Personen) und der CDU-Fraktion (1 Person) beschloss der Kreistag wie folgt:

Beschluss:

Für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter des Niedersächsischen Obergerichtspräsidenten Lüneburg für die Amtszeit vom 15.04.2012 bis zum 14. April 2017 werden folgende Personen vorgeschlagen:

1.
Herr Hans-Joachim Rutz, wohnhaft An der Waage 12 b in 26452 Sande
2.
Herr Dr. Hans-Dieter Zander, wohnhaft Ibenweg 41, 26441 Jever
3.
Herr Jens Damm, wohnhaft Ostergroden 1, 26434 Wangerland

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 8.2.5 Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben für 2011 bezüglich des Budgets des Fachbereiches Jugend und Familie
Vorlage: 0016/2011**

Entsprechend der Empfehlung des Kreisausschusses vom 5. Dezember 2011 – TOP 3.1.5 der Niederschrift – beschloss auch der Kreistag wie folgt:

Beschluss:

Die überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 450.000,00 € für 2011 für die laufenden Verpflichtungen des Fachbereiches Jugend und Familie werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 8.2.6 Niedersächsischer Landkreistag; Entsendungen in Vorstand und Fachausschüsse
Vorlage: 0017/2011**

Auf TOP 3.1.6 der KA-Niederschrift vom 5. Dezember 2011 wird verwiesen. Der Kreistag nahm Kenntnis und beschloss gemäß Absprache der stellvertretenden Landräte wie folgt:

Beschluss:

Der Landkreis Friesland wird im Ausschuss für Umweltschutz und Raumplanung des Nds. Landkreistages durch **stellv. Landrat Gustav Zielke** vertreten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 8.2.7 Einbindung der Agentur für Arbeit in den Fachausschuss Jobcenter Friesland
Vorlage: 0018/2011**

Gemäß Empfehlung des Kreisausschusses vom 5. Dezember 2011 – TOP 3.1.7 der Niederschrift – beschloss der Kreistag wie folgt:

Beschluss:

Dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der für den Landkreis Friesland zuständigen Agentur für Arbeit wird gem. § 71 Abs. 7 NKomVG die Mitgliedschaft im Fachausschuss Jobcenter Friesland (ohne Stimmberechtigung) eingeräumt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitliche Zustimmung bei 1 Gegenstimme

**TOP 8.2.8 Annahme und Vermittlung von Zuwendungen gemäß § 111 Abs. 7 NKomVG; hier: diverse Zuwendungen und Förderzusagen in 2011
Vorlage: 0022/2011**

Dieser TOP wurde irrtümlich nicht aufgerufen; er wird nochmals für die Sitzung des Kreistages am 21. März 2012 vorgemerkt.

TOP 9 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses

. / .

TOP 10 Anfragen zu den öffentlichen Punkten der Kreistagsausschüsse

TOP 10.1 Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Abfall und Landwirtschaft vom 28. November 2011

TOP 10.2 Sitzung des Ausschusses Jobcenter Friesland vom 29. November 2011

TOP 10.3 Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen vom 29. November 2011

Es wurden keine Anfragen gestellt.

TOP 11 Mitteilungen des Landrates

TOP 11.1 Genehmigungsverfahren Wasserentnahme P & K

Landrat Ambrosy berichtete, das umfangreiche Genehmigungsverfahren für die Papier- und Kartonfabrik Varel finde in der Öffentlichkeit große Beachtung. Die Kreisverwaltung habe eine eigene gutachterliche Stellungnahme in Auftrag gegeben, die zurzeit ausgewertet werde. Fachgespräche mit Hydrologen und Geologen seien erforderlich. Ferner seien die betroffenen Einwendungsführer zu informieren.

Bei allem Verständnis für die öffentliche Diskussion müsse darauf hingewiesen werden, dass man sich in einem sehr formalen Verfahren befinde. Der Landkreis als Planfeststellungsbehörde sei gehalten, sich streng an diese formellen Vorgaben zu halten, damit alles juristisch einwandfrei ablaufe.

Spätestens im 1. Quartal 2012 werde die Kreisverwaltung alle Verfahrensbeteiligten einladen, um ihnen rechtliches Gehör zu verschaffen. Man werde auch die Stadt Varel, den zuständigen Kreisumweltausschuss und die übrige Öffentlichkeit einbinden, um Informationen möglichst transparent darzustellen.

Kreistagsabgeordneter Funke begrüßte die sorgsame Abwicklung des Genehmigungsverfahrens. Zeitdruck sei angesichts der Bedeutung der zu treffenden Entscheidung fehl am Platze. Dem Landkreis gelte daher auch im Interesse betroffener Anwohner ein Dank dafür, dass aufgrund der Vielzahl der Einwendungen Fristen verlängert worden seien.

Herr Funke hinterfragte, ob Bürger, die unwissentlich – weil sie nicht ahnten, von den Brunnenbohrungen überhaupt betroffen zu sein - Fristen versäumt hätten, ihre Einwendungen noch geltend machen könnten. Hier müsse der besondere Schutz des Eigentums und der Vertrauensschutz des Bürgers in transparentes Verwaltungshandeln greifen. Die Verwaltung möge die Option einer erneuten Öffnung des Verfahrens bitte prüfen.

Der Landrat erklärte, derzeit vollziehe sich eine für den Landkreis bislang nicht gekannte Entwicklung: Durch vermehrte Industrialisierung werde sehr viel Wasser für Industriegebiete geschöpft. Im Rahmen des Regionalen Raumordnungsprogramms gelte es sich über das Wasserregime im Kreisgebiet mit OOWV, EWE und allen großen Wasserabnehmern bzw. -einleitern zu verständigen. Ein solch umfassendes Thema müsse sehr gut, ggf. mit wissenschaftlicher Begleitung, vorbereitet werden.

Kreistagsabgeordneter Funke berichtete, in der Bevölkerung herrsche der Eindruck vor, es laufe ein Genehmigungsverfahren, ohne überhaupt Alternativen geprüft zu haben. Daher sei seine dringende Bitte, der Landkreis möge ein „echtes“ zweites Gutachten zur Grundwasserentnahme P & K in Auftrag geben. Es gehe nicht an, eine Entscheidung allein auf Basis eines Gutachtens zu treffen, das der Wasserabnehmer selbst in Auftrag gegeben habe. Nur bei ausreichender Transparenz und umfassender Begutachtung von Alternativen werde letztlich eine Besserung der Stimmungslage in der Bevölkerung und Akzeptanz für die Vorgehensweise entstehen.

Landrat Ambrosy führte aus, es werde darum gehen, die Situation insgesamt zu beleuchten, da auch andere große Wasserentnehmer, Industrien und Landwirtschaft betroffen seien. Das grundsätzliche Problem und Ursache der verständlichen öffentlichen Diskussion liege darin, dass es für dieses Verfahren keine Bündelungsbehörde der Verfahren für Bauten, Maschinen und Wasserentnahme gebe. Die Ebene der Bezirksregierung existiere nicht mehr; eine Einigung der Landesbehörden auf eine Federführung sei seinerzeit gescheitert. Dadurch gebe es nun mehrere abgespaltene Verfahren. Gebäude und Maschinen seien bereits genehmigt, nicht aber die zum Betrieb notwendige Wasserentnahme. Der Landkreis appelliere daher an die Landesregierung, bei solchen Vorgängen ein einheitliches Verfahren einzuführen, um zukünftig unnötigen Druck im Verfahrensablauf und Irritationen in der Bevölkerung zu vermeiden.

Der Kreisausschuss nahm Kenntnis.

TOP 12 Anträge der Fraktionen, Gruppen und Kreistagsabgeordneten

TOP 12.1 Antrag des Kreistagsabgeordneten Iko Chmielewski vom 30. November 2011 betr. Wasserentnahme durch die Papier- und Kartonfabrik Varel

Auf den beigegefügt bzw. elektronisch abrufbaren Antrag des Kreistagsabgeordneten Chmielewski wird verwiesen.

Kreistagsabgeordneter **Chmielewski** führte aus, die von der Stadt Varel ergangene Stellungnahme zur Wasserentnahme P & K sei übereilt erfolgt, allerdings auch im Vertrauen darauf, die Kreisverwaltung werde alle Fakten detailliert prüfen. Die Entwicklung der Wasserentnahmen im Kreisgebiet sei ein wichtiges Thema mit Auswirkungen für die Zukunft, das sorgsam aufzubereiten sei und für das es Verantwortung zu übernehmen gelte. Der Kreistag sollte sich dieser Verantwortung durch die Heranziehung der Entscheidungsbefugnis stellen und den Bürgern demonstrieren, dass man die Dinge sehr ernst nehme.

Kreistagsabgeordneter **Neugebauer** erklärte, niemand könne heute beurteilen, welche Auswirkungen die von P & K beantragte Größenordnung der Wasserentnahme mit sich bringen werde. In einem Umkreis von 6 km werde die tragende Schicht beeinflusst. In diesem Bereich gebe es Bahn, Autobahn, Gewerbe usw. Viele Bürger aus diesem Gebiet hätten Einwendungen erhoben. Erst nach Vorlage und Auswertung aller Daten sollte ggf. darüber entschieden werden, ob der Kreistag die Entscheidung in der Sache an sich ziehen wolle.

Um weitere Erkenntnisse zu gewinnen, sollten möglichst im gesamten Bundesgebiet zu ähnlichen Problemlagen und Erfahrungen Erkundigungen eingeholt werden. Im Osten gebe es Gegenden, in denen eine Versumpfung stattgefunden habe, nachdem große Fabriken stillgelegt wurden und ihre Wasserentnahme eingestellt worden sei. Vor dem Hintergrund, dass eine Wasserentnahmegenehmigung auf 30 Jahre erteilt werden, sollten auch solche Szenarien in die Überlegungen mit einbezogen werden.

Kreistagsabgeordneter **von Polenz** verdeutlichte, den Mitgliedern des Kreistages sei es nicht möglich, die in Rede stehende komplexe Materie fachlich zu beurteilen. Er empfehle, die Beurteilung und Entscheidung der Wasserentnahmen der unteren Wasserbehörde zu überlassen, die die Entscheidungsfindung sehr sorgsam und verantwortungsbewusst angehe.

Landrat **Ambrosy** führte aus, dem Kreistag sei es grundsätzlich unbenommen, das Verfahren an sich zu ziehen. Die nach Vorlage aller Daten und Fakten zu treffende Entscheidung biete allerdings keinerlei Freiraum für politische Diskussionen oder Einflussnahmen. Da es um ein großes, für alle Beteiligten bedeutendes Verfahren gehe, sei um so mehr eine stringente Abwicklung und Entscheidung rein nach gesetzlichen Vorgaben sicherzustellen. Nur so könne drohenden juristischen Anfechtungen so weit als möglich entgegengewirkt werden.

Kreistagsabgeordneter **Busch** bekräftigte, es müsse darum gehen, das Gesamtthema nicht nur unter dem Blickpunkt „P & K“ zu betrachten, sondern die im Bereich Moorhausen usw. aufgetretenen Probleme wie Versackungen auch auf andere mögliche Ursachen zu untersuchen. Ihm liege sehr daran, dass das vom

Landkreis in Auftrag gegebene zweite Gutachten sich nicht auf eine reine Plausibilitätsprüfung beschränke, sondern auch andere mögliche Auslöser der geschilderten Probleme untersuche.

Kreistagsabgeordneter **Funke** verdeutlichte, bei einer Entscheidung zur Wasserentnahme gelte es deren Auswirkungen auf die Entwicklung der nächsten 100 Jahre zu betrachten. Die derzeitige Faktenlage sei unbefriedigend und unsicher. Wenn der Kreistag dazu auffordere, ein eigenständiges, umfassendes zweites Gutachten in Auftrag zu geben, so sollte die Verwaltung diesem Votum folgen. Mit einer Plausibilitätsprüfung allein komme man in der Sache nicht weiter.

Kreistagsabgeordneter **Chmielewski** stellte fest, als verantwortlicher Politiker vor Ort müsse man Rede und Antwort stehen und gut in den Informationsfluss eingebunden sein. Der Politik müsse es möglich sein, ihre Bedenken in das laufende Verfahren einzubringen. Schon das frühere wasserrechtliche Genehmigungsverfahren für P & K habe möglicherweise zu Auswirkungen bei den Bürgern geführt. Zur damaligen Beweissicherung fehlten den Politikern vor Ort die nötigen Informationen. Vor diesem Hintergrund habe er seinen Antrag insofern ergänzt, auch zum damaligen Verfahren Auskünfte zu erhalten.

Der **Landrat** schlug im Ergebnis der Diskussion folgende weitere Vorgehensweise vor:

Die Auswertung der von der Verwaltung in Auftrag gegebenen gutachterlichen Stellungnahme wird abgewartet. Sollten Fragen ungeklärt oder Zweifel bestehen bleiben, so wird die Verwaltung bei Bedarf weitere unabhängige Gutachten bzw. ergänzende Stellungnahmen einholen. Der Kreisverwaltung wird ein ausreichender Zeitrahmen eingeräumt, da es sich um die Klärung komplexer Fragestellungen handelt. Über den Fortgang des Verfahrens wird laufend berichtet. Der Umweltausschuss wird in die fachliche Erörterung eng eingebunden.

Der Kreistag erklärte sich mit der von Landrat Ambrosy vorgeschlagenen weiteren Verfahrensweise einstimmig einverstanden.

TOP 13 Anfragen nach § 11 GO

Keine.

TOP 14 Anregungen und Beschwerden

TOP 14.1 Persönliche Erklärung von Frau KTA Schlieper

Frau Schlieper teilte mit, die Tantiemen, die sie in 2011 als Mitglied des EWE-Aufsichtsrates erhalten habe, beabsichtige sie der Bildungsregion Friesland - Projektmittel für den Grundschulbereich – zukommen zu lassen.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

TOP 14.2 Anmerkung von KTA Neugebauer zur Kreisausschuss-Niederschrift vom 16. November 2011 / TOP P & K

Kreistagsabgeordneter Neugebauer bezog sich auf TOP 6.2 – Wasserentnahme durch P & K - der Kreisausschuss-Niederschrift vom 16. November 2011. Er sei im Protokoll auf Seite 9 falsch zitiert worden.

Landrat Ambrosy verwies darauf, dass ein korrigierender Passus nur vom Kreisausschuss selbst aufgenommen werden könne. Im nächsten Kreisausschuss könne eine Korrektur entsprechend den Ausführungen von Herrn Neugebauer erfolgen.

TOP 15 Übergabe der Ernennungsurkunde an und Vereidigung von Frau Silke Vogelbusch als Erste Kreisrätin im Beamtenverhältnis auf Zeit ab 1. Januar 2012

Landrat Ambrosy verlas die Ernennungsurkunde zur Ersten Kreisrätin ab 1. Januar 2012 und überreichte sie Frau Vogelbusch. Sie legte vor dem Kreistag sodann folgenden Eid ab:

„Ich schwöre, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, die Niedersächsische Verfassung und die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Gesetze zu wahren und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen, so wahr mir Gott helfe.“

Namens des Kreistages gratulierte der Landrat Frau Vogelbusch und überreichte Blumen.

- - - - -

Da weitere Wortmeldungen nicht vorlagen, schloss Kreistagsvorsitzender Pauluschke die öffentliche Sitzung um 17.30 Uhr. Der Kreistag setzte seine Beratungen in nichtöffentlicher Sitzung ab 17.40 Uhr fort.

gez. **Bernd Pauluschke**
Kreistagsvorsitzender

gez. **Sven Ambrosy**
Landrat

gez. **Gerda Gerdes**
Protokollführerin